

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND MENSCHENRECHTE IM AUßENPOLITISCHEN HANDELN

Kompakt-Briefing für die Koalitionsverhandlungen

1. Handlungsbedarf

30 Jahre nach den Beschlüssen der Weltfrauenkonferenz in Peking wird der Fortschritt für Geschlechtergerechtigkeit durch einen globalen Angriff auf Frauenrechte massiv ausgebremst. In Kriegen und Klimakrise steigen sexualisierte, innerfamiliäre und Partnerschaftsgewalt gegen Frauen und Kinder. Der Rückzug der USA als Geber reißt zudem eine Finanzierungslücke mit weitreichenden Folgen für die globale Stabilität. Programme zur Bekämpfung von Mütter- und Kindersterblichkeit, zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen oder für Mädchenbildung werden in beispiellosem Ausmaß abgewickelt.

Geschlechtergerechtigkeit ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und Entwicklung. Allein durch fehlende Investitionen in Mädchenbildung oder digitale Bildung von Frauen entgehen der Weltwirtschaft hunderte Milliarden Euro. Deutschland hat sich mit den UN-Nachhaltigkeitszielen dazu verpflichtet, bis 2030 die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen und ist in dieser Ausnahmesituation als nunmehr wichtigster Geber besonders in der Verantwortung. Folgende Maßnahmen sollten deshalb im Koalitionsvertrag verankert werden:

- /// Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte als Priorität des auswärtigen Handelns aller Ressorts
- /// Verteidigung von Frauen-, Menschen- und Völkerrecht sowie des UN-Menschenrechtssystems
- /// Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für UN-Nachhaltigkeitsziele, insbesondere SDG 5, und für Humanitäre Hilfe mit Fokus auf Frauen und Mädchen
- /// Ambitionierter vierter Nationaler Aktionsplan zur UN-Sicherheitsratsresolution 1325
- /// Geschlechtersensible und restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik
- /// Gezielte Förderung der frauenpolitischen Zivilgesellschaft weltweit

2. Textbausteine für Koalitionsvertrag

In einer polarisierten Welt steht Deutschland weiter als verlässlicher Partner für eine Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit, die die UN-Nachhaltigkeitsziele und damit Geschlechtergerechtigkeit, Konfliktprävention und -bewältigung sowie menschliche Sicherheit priorisiert. Dafür stellen wir im Rahmen von geschlechtergerechter Außenpolitik und internationaler Zusammenarbeit zusätzliche Mittel bereit, fördern Zivilgesellschaft, unterstützen die Repräsentanz von Frauen und diskriminierten Gruppen, stärken demokratische Strukturen und schützen Frauen-, Menschen- und Völkerrecht sowie das UN-Menschenrechtssystem.

Unseren Einsatz für die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit führen wir gemeinsam mit Zivilgesellschaft in einem ambitionierten vierten Nationalen Aktionsplan zur UN-Sicherheitsratsresolution 1325 fort. Um Fluchtursachen zu bekämpfen, bekennen wir uns zu einer geschlechtersensiblen und restriktiven Rüstungsexportpolitik.

Wo andere sich zurückziehen, stellen wir zusätzliche Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe bereit. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele entwickeln wir ambitioniert in einem eigenständigen Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit weiter. Dabei müssen alle Projekte der Entwicklungszusammenarbeit Gleichstellung unterstützen.

Der Anteil der Projekte, der primär darauf abzielt, werden wir auf mindestens 30 Prozent steigern. Mindestens zehn Prozent der ODA-Mittel geben wir an frauenpolitische Organisationen, insbesondere als langfristige institutionelle Förderung. Körperliche und reproduktive Rechte und Gesundheit stärken wir. Die Menschenrechte von besonders gefährdeten Gruppen schützen wir. Aktionspläne zur Gleichstellung stellen hierbei Kontinuität sicher.

3. Anlagen/Hintergrundinformationen

/// Antrag Fraktionen CDU/CSU und SPD 2021: [Geschlechtergleichstellung als eine zentrale globale Herausforderung](#)

/// UN Women 2024: [Progress on women's rights and the Sustainable Development Goals](#)

/// UN 2025: [US funding cuts confirmed, ending lifesaving support for women and girls](#)